

Frankreich

FRANÇOISE DE LA SERRE/CHRISTIAN LEQUESNE

Eigentlich hätte 1992 für Europa das Jahr der Vollendung des Binnenmarktes und der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht sein müssen. Konzentrierte Frankreich sich vorher besonders auf die Vertiefung der Gemeinschaft – die eine zu jeder Erweiterung vorrangige Antwort auf die deutsche Wiedervereinigung und den Umbruch in Osteuropa sein sollte – sah Paris sich zu Beginn des Jahres 1992 vor die Aufgabe gestellt, den Vertrag von Maastricht langsam aber stetig umzusetzen. Der vom dänischen "Nein" im Juni ausgelöste Rückschlag im Ratifizierungsprozeß verschonte jedoch auch Frankreich nicht. Eine gewisse Niedergeschlagenheit, Skepsis und Enttäuschung, die durch das Unvermögen der Gemeinschaft verursacht wurde, die wachsende Arbeitslosigkeit sowie die Ausdehnung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien unter Kontrolle zu bringen, haben die Franzosen veranlaßt, Europa nur ein zweifelndes "Ja" zuzugestehen. Die Gemeinschaft war in den Augen bestimmter Bevölkerungsschichten ein "fernes Gebilde mit zentralistischen Praktiken", das verantwortlich war für die wachsenden Schwierigkeiten insbesondere im Agrarbereich.

Die Ratifikation des Vertrages von Maastricht

Präsident Mitterrand fragte am 11. März 1992 beim Verfassungsrat an, ob – wie er annahm – die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht eine Revision der französischen Verfassung notwendig machen würde. Bereits am 9. April 1992 stimmte der Verfassungsrat Mitterrands Ansicht in drei Punkten zu: Die Verfassungsänderung sei notwendig (1) wegen des aktiven und passiven Wahlrechts der Unionsbürger bei den Kommunalwahlen, (2) wegen der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen Währung bis spätestens zum 1. Januar 1999 und (3) wegen der Visapolitik in der – voraussichtlich ab 1. Januar 1996 – mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden soll.

Zwei Möglichkeiten standen dem Präsidenten für die Verfassungsrevision zur Verfügung: die Angelegenheit vor dem Parlament anhängig zu machen oder das Volk in einem Referendum zu befragen. Mitterrand entschied sich für das erstere. Ein entsprechend geänderter Verfassungstext wurde daher am 22. April 1992 beim Ausschuß der Nationalversammlung eingereicht. Zwei Lesungen in der Nationalversammlung und eine im Senat waren notwendig, bevor es am 23. Juni 1992 in Versailles zu dessen Annahme mit einer Mehrheit von 3/5 – ohne die Teilnahme der Gaullisten – durch die im Kongreß vereinigten zwei Kammern kam¹.

Die parlamentarische Debatte zeichnete sich durch einige Besonderheiten aus: Obwohl der Vertrag von Maastricht vorrangig einen Kompetenztransfer im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion vorsieht, widmete das Parlament diesem Thema nur wenig Zeit. Die Anpassung der Verfassung an eine gemeinsame Visapolitik rief erstaunlicherweise ebenfalls nur wenige Auseinandersetzungen hervor. Die parlamentarische Diskussion konzentrierte sich stattdessen auf das aktive und passive Wahlrecht der Unionsbürger bei den Kommunalwahlen – auch der Senat erhob insbesondere hier seine Stimme – und auf die Notwendigkeit im Verfassungstext – aus gewissermaßen symbolischen Gründen – erneut die Tatsache zu bekräftigen, daß die Staaten das essentielle Element der Europäischen Union bleiben.

Weiterhin haben die Debatten und Abstimmungen gezeigt, daß Übereinstimmungen und Divergenzen in den französischen Meinungen über den Vertrag von Maastricht sich nicht an den traditionellen Gegensatz zwischen Links und Rechts gehalten haben, sondern daß in allen Lagern Kontroversen auftraten, ja sogar innerhalb jeder politischen Partei. Das Parlament nahm darüber hinaus die Gelegenheit wahr, in der französischen Verfassung weitere Teilnahmerechte an den im EG-Ministerrat behandelten Angelegenheiten festzuschreiben. In Zukunft ist die Regierung verpflichtet, der Nationalversammlung und dem Senat bereits bei der Übermittlung an den Rat diejenigen Projekte gemeinschaftlichen Handelns vorzulegen, die legislative Bestimmungen enthalten. Außerdem kann die Nationalversammlung Resolutionen verabschieden, die rechtlich zwar nicht bindend sind, aber trotzdem politisches Gewicht haben.

Obwohl Mitterrand nach der Verfassungsänderung mit der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht – wiederum – durch das Parlament hätte zufrieden sein müssen, entschied er sich am 3. Juni 1992 für ein Referendum. Ohne Zweifel motivierte ihn die innenpolitische Lage zu dieser Entscheidung. Nach elf Jahren an der Macht und – wie Meinungsumfragen ergaben – einem niedrigen Popularitätsgrad schien ihm eine Volksbefragung ein ausgezeichnetes Mittel zu sein, die öffentliche Meinung direkt zu testen. Nach dem dänischen "Nein" könnte ihn aber auch sein Wunsch, die ungenügende Beteiligung des Volkes an den Vertragsverhandlungen sozusagen rückwirkend zu korrigieren, zu dieser Entscheidung bewogen haben. Das für den 20. September 1992 festgesetzte Referendum bewirkte in allen Schichten der französischen Gesellschaft eine intensive Debatte über die Grundlagen und Zielsetzungen der Struktur der Europäischen Union. Die Teilnahme am Referendum war mit 69,68% die höchste im Vergleich zu den vorangegangenen zehn Abstimmungen. Das Resultat selbst war sehr viel knapper: 51,01% stimmten dafür, 48,98% dagegen. Es ergab sich also eine Differenz von knapp 400.000 bei 25 Mio. abgegebenen Stimmen. Die Überlagerung mehrerer Gegensätze führte zu diesem Ergebnis²:

– Sozio-kulturelle Zugehörigkeit und Bildungsstand der Wähler:

Die Angehörigen der freien Berufe und die leitenden Angestellten haben mehrheitlich mit "Ja" gestimmt, Landwirte, Arbeiter und Angestellte bevorzugt mit "Nein".

- Politischer Gegensatz zwischen einem Frankreich der "Mitte" und der Randparteien bzw. Parteiränder:
Die Mitte Links (überwiegend PS), die Mitte Rechts (überwiegend UDF) und die Mitte Grün (überwiegend Génération Ecologie) finden sich auf der zustimmenden Seite wieder. Die traditionelle jakobinische Linke (Anhänger von Jean-Pierre Chevènement innerhalb der PS) und die gaullistische Rechte (mehrheitlich der RPR) lehnten den Vertrag ab. Die extremen Parteien mißbilligten ihn entschieden: 92% der Front National und 81% der Kommunistischen Partei stimmten dagegen.
- Ideologische Kontraste:
Die Ablehnung der Europäischen Union verbindet sich mit der Befürwortung einer größeren Autorität des Staates. Meinungsumfragen machen glaubhaft, daß die Gegner des Maastrichter Vertrages sich oftmals die Wiedereinführung der Todesstrafe, eine größere Härte in der Einwanderungspolitik oder eine striktere Disziplin in der Schule wünschen. Die Zustimmung zu einer Europäischen Union korreliert dagegen mit einer generell toleranteren Haltung in gesellschaftlichen Fragen.
- Markanter geographischer Gegensatz zwischen Stadt und Land:
Mit Ausnahme von Marseille (dort ist die Front National sehr stark) und den Präfekturen der Pariser Vororte (Hochburgen der Kommunistischen Partei) sprachen sich die großen französischen Städte deutlicher für den Unionsvertrag aus als der nationale Durchschnitt. Das "Nein" zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik führte bei der Landbevölkerung zu einem "Nein" zu Europa, wobei hier auch noch der Gegensatz zwischen Tradition und Moderne mitspielt.
- Historische Spaltung (traditionell christlich-demokratisches und traditionell republikanisch-laizistisches Frankreich):
Abgesehen von der Pariser Umgebung schien es, daß die Zustimmung zur Europäischen Union hauptsächlich aus Regionen mit katholischem Erbteil (Elsaß, Bretagne, Lothringen, Loire) kam, während Regionen mit sozialistischen oder kommunistischen Wurzeln (Haute-Normandie, Languedoc-Roussillon, Limousin, Picardie) hauptsächlich mit "Nein" stimmten.

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und die GATT-Verhandlungen

Nachdem sie lange Zeit und mit größter Beharrlichkeit gegen die Vorschläge von Ray MacSharry eintrat, akzeptierte die Regierung Bérégovoy am 21. Mai 1992 das Abkommen der Zwölf über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik³. Zwei Elemente erklären den Wandel der französischen Haltung:

- Frankreich hatte den Wunsch, die Logik der Überproduktion in der Gemeinsamen Agrarpolitik zu durchbrechen, die seit Anfang der 80er Jahre einen ständigen Einkommensverlust der Landwirte bewirkt hat.
- Der zweitgrößte Agrarexporteur der Welt bevorzugte eine Reform auf der Basis der Stilllegung von 15% der Produktionsfläche – Hand in Hand mit der

Gewährung direkter Subventionen – anstelle der Ausweitung des Quoten-systems.

Die Reaktionen auf die Bekanntgabe der reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik zeigten sich sofort. Unter den Landwirten kam die lebhafteste Kritik weniger von den "offiziellen" Berufsverbänden (FNSEA, CNJA). Stattdessen versammelten sich außerhalb der Verbände in der "Coordination rurale" 10.000 kleinere Landwirte, die im wesentlichen aus dem Südwesten Frankreichs stammten. Den – damaligen – Oppositionsparteien (RPR und UDF), denen 80% der Landwirte ihre Stimme geben, konnte die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik auch nicht gleichgültig bleiben. Am 26. Mai 1992 wurde in der Nationalversammlung von der RPR, UDF und der UDC ein Mißtrauensantrag zur Gemeinsamen Agrarpolitik gestellt. Obwohl die Kommunisten vorher entschieden hatten, sich bei der Abstimmung den Rechten anzuschließen, ging der Antrag am 1. Juni 1992 – am Vorabend des dänischen "Nein" zum Maastrichter Vertrag – mit drei Stimmen Mehrheit zugunsten der Regierung Bérégovoy aus. Aufgrund dieser Ereignisse entschied sich diese für eine doppelte Strategie: Einerseits bewilligte sie als Ausgleich für die Reform ca. 900 Mio. DM zusätzliche nationale Hilfe für die Landwirte. Andererseits bekräftigte sie erneut, daß die Reform auf keinen Fall bedeuten solle, daß die feste Position im Agrarbereich des GATT aufgegeben würde.

Von September 1992 an führten die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA zur Erneuerung der europäisch-amerikanischen Agrarverhandlungen im GATT. Am 11. und 12. Oktober 1992 fanden sich die amerikanischen Vertreter in Brüssel ein, um nach einem Kompromiß zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft über Getreide und Ölsaaten zu suchen⁴. Zwar ermutigten mehrere Mitgliedstaaten die Kommission, sich gegenüber den amerikanischen Forderungen aufgeschlossen zu zeigen (24% Reduktion des gemeinschaftlichen Exportvolumens von Getreide und eine Senkung der Produktionsquoten von Ölsaaten von 13 auf 7 Mio. t). Frankreich war jedoch der Ansicht, daß kein Abkommen auf dieser Basis akzeptabel sei. Die Bush-Administration drohte daraufhin nicht zufällig mit Strafzöllen auf den Import bestimmter, von der Gemeinschaft subventionierter Produkte (Käse, Wein, Spirituosen) – Produkte, die ungefähr 30% des französischen Warenaustausches mit den Vereinigten Staaten ausmachen.

Trotz zusätzlicher Konzessionen für die amerikanische Seite bei Getreide und Ölsaaten endeten die Verhandlungen zwischen der Kommission und der Bush-Administration in Chicago am 3. November 1992 mit einem neuerlichen Mißerfolg: Paris ließ von Anfang an deutlich erkennen, daß die ausgehandelten Positionen mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht zu vereinbaren seien. Kommissionspräsident Jacques Delors bekannte sich zur französischen Position, weshalb Kommissar Ray MacSharry direkt von seinem Mandat als Verhandlungsführer im Bereich der Landwirtschaft entbunden werden wollte⁵. Ein informeller Kompromiß wurde schließlich am 20. November 1992 gefunden. Frankreich versagte ihm die rechtliche Geltung mit der Begründung, daß die Kommission das ihr vom Rat übertragene Mandat überschritten habe. Pierre Bérégovoy stellte

darüber am 25. November 1992 die Vertrauensfrage in der Nationalversammlung. Zwar schlug ihm die Opposition dies ab. Nichtsdestoweniger forderte sie die Regierung auf, bei allen allgemeinen Übereinkünften zum GATT ihr Veto einzulegen. Der Premierminister schloß diese Möglichkeit denn auch für den Fall nicht aus, daß fundamentale Interessen Frankreichs auf dem Spiel stünden. In dem schwierigen politischen Klima nach dem Referendum und angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen, bei denen für die Sozialisten eine verheerende Niederlage zu erwarten war, konnte die französische Regierung nicht umhin, innenpolitischen Erwägungen gegenüber den Agrarverhandlungen des GATT Priorität einzuräumen: und zwar trotz des Risikos, die allgemeine krisenhafte Situation der Europäischen Gemeinschaft durch dieses zusätzliche schwierige Dossier zu belasten. Auch wurde in Kauf genommen, mit dieser Haltung ein allgemeines Zoll- und Handelsabkommen zu verhindern, das sich in nicht landwirtschaftlichen Sektoren (beispielsweise bei den Dienstleistungen) für die französische Wirtschaft günstig auswirken würde.

Der Franc in den Währungsturbulenzen

Das "Nein" der Dänen machte nicht nur den Ratifizierungsprozeß des Unionsvertrages schwieriger. Es rief außerdem eine Schockwelle mit großem Einfluß auf die Europapolitik der französischen Regierung hervor, und zwar insbesondere im Währungsbereich.

Während der Vertrag von Maastricht den zu einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) führenden Prozeß als "irreversibel" festschreibt, nutzten die Märkte die mit der Ratifizierung entstandenen Risiken, um sowohl die Glaubwürdigkeit der Unionspolitik als auch die Strapazierfähigkeit des Europäischen Währungssystems (EWS) auf die Probe zu stellen. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur im Europa der Zwölf, kombiniert mit der schwankenden öffentlichen Meinung führte zu sehr starken Spannungen innerhalb des Systems. Realignments trafen nacheinander die Lira, die Peseta und den Escudo, bis dann das englische Pfund Sterling und die Lira den Wechselkursmechanismus verließen. Zwar blieb der Franc in der ersten Zeit noch verschont, fand sich dann aber auch – insbesondere direkt nach dem französischen Referendum – Spekulationsattacken ausgesetzt. Da die Grundlagen der französischen Wirtschaft gesund waren, behielt die Regierung ihre Politik der "désinflation compétitive" und eines starken Franc bei. Diese Haltung wurde von verschiedenen Seiten abgelehnt. Sowohl Politiker als auch Wirtschaftswissenschaftler rieten der Regierung offen zu einer Entkoppelung des Franc von der D-Mark. Sie regten an, aus der hohe Zinssätze bringenden – und seitdem als nachteilig für die Verbesserung der Arbeitsmarktlage erkannten – Politik auszusteigen⁶.

Indem die französische Regierung ihre Strategie beibehielt, demonstrierte sie, welchen Preis sie für das Überleben des Europäischen Währungssystem zu zahlen bereit war. Sie zeigte das Ausmaß ihres Engagements zugunsten einer Wirtschafts- und Währungsunion – weiterhin ein Eckstein ihrer Europapolitik. Ohne Zweifel

wurde sie in diesem Unterfangen von Deutschland unterstützt. Ein deutsch-französischer Schlachtplan zur Verteidigung des Franc wurde in einem am 23. September 1992 veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué der Währungsinstitutionen beider Länder bekannt gegeben. Die Umsetzung erfolgte anschließend von der Banque de France und der Bundesbank durch abgestimmte Interventionen auf den Märkten. Diese vorrangige Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, der deutlich gezeigte Wille zur Einigkeit hat auch die Debatte wieder angekurbelt, ob die Konstruktion eines Europa der mehreren Geschwindigkeiten auf der Basis eines Blocks Franc-Deutsche Mark zweckmäßig sei. Das Jahr 1992 ging indessen zu Ende, ohne daß eine deutsch-französische Initiative – von den einen erwünscht, von den anderen gefürchtet – zur beschleunigten Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion das Licht der Welt erblickt hätte.

Nochmals der Maastrichter Vertrag

In Verbindung mit der Kampagne für das Referendum hat das dänische "Nein" eine erneute Lektüre und Auslegung des Vertrages von Maastricht bewirkt, die von der Regierung in dieser Form nicht vorgesehen war.

Zu Beginn des Jahres 1992 befand sich Frankreich – da der Ratifizierungsprozeß damals keine Probleme erwarteten ließ – selbstsicher in der "Nach-Maastricht-Phase". Im wesentlichen wollte Paris die Erweiterung der Gemeinschaft sichern, ohne die Europäische Union zu schwächen. Außerdem war es im Zusammenhang mit der Jugoslawien-Krise wichtig, Titel V des Maastrichter Vertrages über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Gewicht zu verleihen. Während sich der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen eines präzisen Terminkalenders präsentiert, ist das bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anders. Der Vertrag legt in der Tat nur die Grundlage für die GASP. Anlässlich der Gespräche zwischen Roland Dumas und Hans-Dietrich Genscher im März 1992 ging es beispielsweise darum, "von Maastricht Gebrauch zu machen, um der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Schwung und Gehalt zu geben". Dumas und Genscher schlugen insbesondere vor, daß "Europäischer Rat und Ministerrat den Bereich der gemeinsamen Aktionen gestalten"⁷. Auf dem eigentlichen Feld der Sicherheitspolitik bedeutete das – für Paris – eine Verstärkung der Westeuropäischen Union (WEU) sowie das "auf die Beine stellen" eines französisch-deutschen Korps als Keimzelle eines europäischen Korps (Eurocorps).

Diese Ziele wurden teilweise erreicht: Zum einen billigte der Europäische Rat von Lissabon einen entsprechenden Bericht der Außenminister und untersuchte die Bereiche, die sich für eine gemeinsame Aktion eignen. Zum anderen hat vor allem der deutsch-französische Gipfel in La Rochelle im Mai 1992 entschieden, daß der Aufbau einer großen deutsch-französischen Verflechtung mit europäischer Anlage "dazu beiträgt, die europäische Union mit einem brauchbaren militärischen Potential auszurüsten"⁸. Das durch die Beziehungen zwischen Eurocorps und NATO aufgeworfene Problem – das Fragen und Besorgnis in

Washington und in bestimmten europäischen Hauptstädten hervorrief – wurde auf anderem Wege im November 1992 gelöst: Im Falle eines Angriffs gegen die Allianz oder wenn das Eurocorps in anderen Gebieten ("out-of-area") an von der Allianz entschiedenen Peace-keeping-Operationen mitwirken soll, kann es unter das Kommando der NATO gestellt werden.

Diese Ereignisse zeugen von der Entwicklung im Laufe des Jahres 1992 in den traditionellen Positionen der französischen Verteidigungspolitik und von der Milderung der unantastbaren Lehre nationaler Unabhängigkeit. Die Notwendigkeit über ein zukünftiges europäisches Verteidigungssystem nachzudenken kann nur zu einer erneuten Überprüfung der Beziehungen zwischen Frankreich und der NATO führen⁹.

Aber über diese die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreffenden Gedanken hinaus haben die Unsicherheiten der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages – in Dänemark und im Vereinigten Königreich, aber auch in Frankreich – die Regierung dazu veranlaßt, gewisse Bestimmungen des Textes deutlicher auszulegen, um insbesondere die Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten zu präzisieren. Konfrontiert mit der Forderung der Bürger nach größerer Transparenz und besserer Kontrolle des Gemeinschafts-systems, mußte die Regierung Bérégovoy auf der zugesagten größtmöglichen Anbindung des nationalen Parlaments und dem Subsidiaritätsprinzip bestehen. Während sie sich in der Vergangenheit – empfindlich gegenüber solchen Gedanken – wenig hervorgetan hatte, erschien die französische Führung nun als glühender Anhänger des Subsidiaritätsprinzips. Sie versäumte nicht, die Exzesse der Brüsseler Bürokratie und die Aktivitäten der Kommission zu kritisieren, wachte aber dennoch darüber, daß dadurch nicht das ganze institutionelle System in Frage gestellt würde. Bei der Vorbereitung der Erklärung von Edinburgh über die Subsidiarität widersprach Frankreich daher beständig Großbritannien, das von einem zweiten, auf die Vorschläge der Kommission anzuwendenden "Luxemburger Kompromiß" träumte.

Das "Paket" von Edinburgh

Die Antwort auf die von Dänemark gestellten Ausnahmeforderungen und die Notwendigkeit, die Gemeinschaft bis zum Jahr 2000 mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten dominierten den Gipfel von Edinburgh.

Hinsichtlich des ersten Punktes hat Frankreich gleichermaßen Entschlossenheit und Nachgiebigkeit bewiesen: Nachdruck insoweit, daß jede mögliche Neuverhandlung des Vertrages abgelehnt wurde und Frankreichs Entschlossenheit klar hervortrat, den Maastrichter Vertrag mit denjenigen Ländern ins Werk zu setzen, die ihn ratifiziert haben¹⁰. Nachgiebigkeit zeigte die französische Regierung, als sie den – im Hinblick auf das Völkerrecht – zwingenden Charakter der eingeräumten Ausnahmegewilligungen für die Dänen akzeptierte (was sie ursprünglich abgelehnt hatte). Die französische Regierung schloß sich in den für sie wesentlichen

Bereichen Währung und Sicherheit pragmatisch der Perspektive eines Europas der zwei Geschwindigkeiten an, selbst wenn sie dies nicht ausdrücklich zugab.

Was den Budgetbereich und das Abkommen über die Finanzierung der Gemeinschaft angeht, fand sich Paris in einer mittleren Position. Während die Kommission, unterstützt von den südlichen Mitgliedstaaten, eine Steigerung der Ausgaben in sieben Jahren von 1,20% auf 1,32% des Bruttosozialproduktes der Zwölf vorschlug, wollte die britische Ratspräsidentschaft nicht mehr als 1,25% zugestehen. Der in Edinburgh vom Europäischen Rat erreichte Kompromiß – und insbesondere die Zahl 1,27% – korrespondiert mit den Erwartungen Frankreichs, weil er ein moderates Wachstum der Gemeinschaftsausgaben und damit des französischen Anteils am Haushalt beinhaltet. Das ist wichtig, da diese Frage vom nationalen Parlament scharf überwacht wird¹¹. Außerdem wird damit – wie es Frankreich wollte – die Finanzierung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vollständig gesichert sein, sogar dann, wenn hierfür aus den Reserven geschöpft werden muß.

Der französische Widerstand gegen die Erweiterung der Gemeinschaft stumpfte im Gegenzug ab. Anläßlich des Europäischen Rates in Lissabon hatte Paris zwar Erweiterungsverhandlungen mit den EFTA-Staaten akzeptiert, aber deren Eröffnung von der Vollendung des Ratifizierungsprozesses des Maastrichter Vertrages abhängig gemacht¹². Unter dem Druck der Partner, insbesondere Deutschlands, gab Frankreich in Edinburgh grünes Licht für den Beginn der Gespräche mit Österreich, Schweden und Finnland – sowie möglicherweise Norwegen – Anfang 1993.

Anmerkungen

übersetzt aus dem Französischen von Melanie Morisse, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

1 Vgl. *Journal Officiel de la République Française* v. 26. 6. 1992.

2 Die genannten Gegensätze sind entnommen aus Duhamel, Olivier/Grundberg, Gérard: *Referendum: les dix France*, in: *Le Monde* v. 25. 9. 1992.

3 Vgl. dazu auch von Urff, Winfried: *Agrar- und Fischereipolitik*, in diesem Band.

4 Vgl. dazu auch Ginsberg, Roy H.: *Transatlantische Beziehungen*, in diesem Band.

5 Vgl. *Agence Europe* v. 7. 11. 1992.

6 S. dazu insbesondere "Responsabilité allemande", in: *Le Figaro* v. 25. 9. 1992.

7 Das Kommuniqué ist abgedruckt im *Bulletin d'information du Ministère des Affaires étrangères* v. 12. 3. 1992.

8 Presseerklärung am Schluß des Gipfels von

La Rochelle am 22. 5. 1992, ebd.

9 Vgl. Vortrag des Verteidigungsministers Pierre Joxe, gehalten in München am 6. 2. 1993. Am 10. 1. 1993, anläßlich der Eröffnung der "Rencontres nationales pour l'Europe" wurde Präsident Mitterrand interviewt über "la possibilité de concevoir une doctrine européenne" in Nuklearfragen, in: *Bulletin d'information du Ministère des Affaires étrangères* v. 13. 1. 1993.

10 S. insbesondere das Interview von François Mitterrand in der *Financial Times* v. 9. 12. 1992: "Die Ablehnung des Vertrages durch Großbritannien und Dänemark wird den Aufbau Europas nicht stoppen können (...). Es ist rechtlich zwar nicht möglich, den Vertrag grundsätzlich zu verändern, aber er kann in seiner Gestalt angepaßt werden".

11 S. "CEE: un cot net de 24 milliards pour la France", in: *Le Figaro* v. 22. 2. 1992.

12 Der Sprecher des Elysée, M. Musitelli, hatte erklärt: "Es kommt zu keinen Verhandlungen (...) solange der Vertrag nicht

ratifiziert ist. Das ist die einfachste Sache der Welt", in: *Le Monde* v. 28./29. 6. 1992.

Weiterführende Literatur

Adda, Jacques: Quelques remarques sur la partitè du franc CFA et l'avenir de la zone franc apres Maastricht, in: *Observations et diagnostics économiques: Revue de l'OFCE* 41 (1992), S. 293–301.

Bérégovoy, Pierre: Construction européenne et intérêt de la France, in: *Défense nationale* 48 (1992), S. 11–25.

Commission of the European Communities: Community support framework 1991–93: France. Processing and marketing of fishery and aquaculture products (objective 5 a), Office for Official Publications of the European Communities, Document, Luxemburg 1992.

Haywood, Elisabeth: The European Policy of François Mitterrand, in: *Journal of Com-*

mon Market Studies, Juni 1993.

La Serre, Françoise de/Lequesne, Christian: France and the European Union, in: Cafruny, Allan/Rosenthal, Glenda (Hrsg.): *The state of the European Community*, Boulder, Lynne Rienner 1993.

Politique Etrangère 1 (1993), Sonderausgabe: "La Communauté après Maastricht".

Schild, Joachim: Frankreich und die Europäische Union: Außen- und Sicherheitspolitik im EG-Rahmen?, in: *Deutsch-französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 1992*, Opladen 1992, S. 79–101.

Vernet, Daniel: France in a New Europe. Vive la Différence?, in: *The National Interest* 29 (1992), S. 30–38.